



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

hinter uns liegt eine sehr spannende Fußball-WM mit unserer Mannschaft, die oft beeindruckte. Von unserer politischen Mannschaft können wir dies nicht uneingeschränkt behaupten. Zu oft gingen richtige Vorhaben, sinnvolle Diskussionen im koalitionsinternen Streit unter. Dabei gibt es viele Erfolge, auf die wir blicken und die positiv kommuniziert werden könnten.

Aus der Finanzkrise ist unser Land auch und gerade wegen der Entscheidungen der christlich-liberalen Koalition weniger lädiert hervorgegangen als jedes andere europäische Land. Die Arbeitslosigkeit sinkt in so erfreulichem Maße, dass wir uns statt der Sorge vor Arbeitslosigkeit lieber intensiv der Frage des Facharbeitermangels widmen sollten. In der strittigen Frage der gesetzlichen Regelung der Jobcenter wurde mit verfassungsändernder Mehrheit eine Lösung gefunden, die die Zahl der Optionsgemeinden deutlich erhöht. Die Bundesregierung hat die Ausgaben von 319 (2010) auf 301 Milliarden (2012) gesenkt und mit dem Sparpaket beginnt Deutschland finanziell endlich in die richtige Richtung zu laufen - Ausgaben senken. Außenpolitisch ist es gelungen, die Haushaltssanierung als Gebot der Stunde durchzusetzen - auch gegen den Willen von Präsident Obama.

Dies alles bedeutet nicht, dass nicht an vielen Stellen Entscheidungen besser hätten getroffen werden können. Wer versteht schon die Beibehaltung der 7% Mehrwertsteuerermäßigung für Hoteliers und wer hätte sich nicht im Rahmen des Sparpakets mehr strukturelle Veränderungen gewünscht? Mit ein, zwei kleinen Anpassungen hätte auch die Diskussion um die angeblich unsoziale Ausrichtung des Sparpakets in diesem Maße vermieden werden können.

Dennoch: Kritiker gibt es immer genug und gäbe es keine, wäre wohl auch nichts entschieden worden. Lasst uns intern die Verbesserungsvorschläge einbringen und extern die laute Kritik der Opposition überlassen - da müssen wir aus der eigenen Partei heraus keine Schützenhilfe leisten.

In Pankow und Berlin wirft die Wahl im nächsten Jahr ihre Schatten deutlich voraus. Nachdem wir in Pankow im letzten Jahr das Mitgliederprinzip eingeführt haben, kann jedes Mitglied aktiv bei den anstehenden Entscheidungen über Köpfe und Inhalte mitbestimmen. Jedes Mitglied ist bei unseren Kreisparteitagen stimmberechtigt. Ich wünsche mir sehr, dass viele unserer über 800 Mitglieder diese Möglichkeit nutzen.

Damit Sie dies frühzeitig planen können, möchte ich Ihnen kurz

den diesbezüglichen Fahrplan für den Herbst 2010 darlegen - verbunden mit der Bitte, die genannten Termine möglichst vorzumerken.



Unter der Leitung von Dr. Torsten Kühne tagt eine Arbeitsgruppe, die das kommunalpolitische Programm der CDU Pankow vorbereitet. Hierfür sprechen wir Multiplikatoren in Berlin und im Bezirk an und arbeiten die Zuarbeiten der Arbeitskreise, Vereinigungen und Ortsverbände ein. Im September werden wir dann im Rahmen einer Klausurtagung einen Schwerpunkte-Entwurf vorliegen haben. Am 28. Oktober, 04. November und 27. November werden wir Kreisparteitage durchführen, bei denen inhaltliche Schwerpunkte und Kandidaten vorgestellt werden. Bis zum Ende dieses Jahres bzw. Frühjahr 2011 werden wir die personelle und inhaltliche Aufstellung der CDU Pankow abgeschlossen haben. Dann haben wir die notwendige Zeit, um unsere inhaltlichen Schwerpunkte zusammen mit den nominierten Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen vorzustellen. Im Herbst werden wir die Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung, das Bezirksamt und das Abgeordnetenhaus wählen. Jedes Mitglied, das Interesse an einem dieser Mandate hat, ist herzlich gebeten, sich bei seinem Ortsverband zu melden. Wir möchten erreichen, dass die Kandidaten die Möglichkeit haben sich in den ersten beiden Kreisparteitagen den Mitgliedern vorzustellen, damit es ausreichend Zeit für die Meinungsfindung in der Mitgliedschaft bis zum Nominierungstag am 27. November gibt. Wir haben uns also viel vorgenommen, um in einem möglichst transparenten Verfahren möglichst viele Mitglieder in den Entscheidungsprozeß zu involvieren. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich sehr viele unserer Mitglieder beteiligen würden.

Vor diesem interessanten Herbst liegt die Sommerpause und ich wünsche Ihnen bei diesen sehr sommerlichen Temperaturen immer ein Schwimmbad in unmittelbarer Nähe, viel Erholung und alles Gute.

Ihr

Dirk Stettner
Vorsitzender CDU Pankow

Ideologische Irrwege machen kein gutes Klima in Berlin

„Leben ist Vielfalt“ so lautete das Motto für den 39. Internationalen Tag der Umwelt, der alljährlich am 5. Juni gefeiert wird. Alle reden vom Umwelt- und Klimaschutz in diesen Tagen – auch in Berlin. Doch gut gemeint ist das Gegenteil von gut gemacht und ideologische Irrwege führen nicht zum Ziel. Wer die Bürger wie Senatorin Lompscher (LINKE) zu sinnlosen Maßnahmen à la Zwangsaustausch von Heizungen zwingen will, schadet dem Anliegen einer vernünftigen Klimaschutzpolitik. Mit planwirtschaftlicher Logik erreicht man keine technologischen Innovationen. Dreimal legte die Umweltsenatorin einen Entwurf für ein Berliner Klimaschutzgesetz vor. Dreimal wurde der Entwurf öffentlich zerrissen – von der IHK bis zum BUND. Selbst in den eigenen rot-roten Reihen erzeugte der Entwurf kein gutes Klima, sondern allenfalls Hitzewallungen.

Nachdem die Senatskollegen Frau Lompscher einen vernünftigen Entwurf offensichtlich nicht mehr zutrauen, bastelt nun ihr Kollege Wirtschaftssenator Wolf (LINKE) an einem Energiekonzept 2020. Demnach kann sich der Senator einen sogenannten „Energie-Effizienz-Fonds“ vorstellen, auf den z. B. Wohnungsbaugesellschaften für die energetische Gebäudesanierung zurückgreifen können. Damit denkt er in die richtige Richtung. Die Eigenheimbesitzer und Mieter haben längst begriffen, dass Investitionen in ihre Häuser und Wohnungen angesichts mittelfristig steigender Energiepreise äußerst sinnvoll sind. Das Problem sind bis heute die hohen Anfangsinvestitionen, die sich erst nach Jahrzehnten rentieren. Zum Beispiel würden die sicher wünschenswerten

Sanierungsmaßnahmen aus der Umweltverwaltung von Frau Lompscher die Mieten um bis zu 1,70 Euro pro Quadratmeter steigen lassen. Viele Mieter könnten sich ihre Wohnung nicht mehr leisten. Eigenheimbesitzer müssten zehntausende Euro investieren – neben den Straßenausbaubeiträgen und steigenden Abgaben und Gebühren von Abwasser bis Straßenreinigung.

Verbilligte Kredite, staatliche Zuschüsse und intelligente Förderprogramme helfen Mietern und Eigenheimbesitzern – und damit auch dem Klimaschutz. Die energetische Gebäudesanierung ist ein Kernbestandteil der Strategie, den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 zu reduzieren. Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb ist die Unterstützung der Gesellschaft für Mieter und Eigenheimbesitzer richtig und wichtig. Der Staat – in diesem Fall der Senat – muss seine Ziele definieren und klare Vorgaben machen. Bis zu welchem Jahr wollen wir wie viel in welchem Bereich einsparen. Dann muss es ein klares Anreizsystem geben, wo klimafreundliches Verhalten – sei es bei der Haussanierung oder allgemein in der Verhaltensweise – belohnt wird. Wie der Bürger oder das Unternehmen aber seinen konkreten Beitrag zur CO₂-Reduktion leistet, muss er selbst entscheiden dürfen und können. Im Zweifelsfall weiß er auch besser als ein Senatsmitarbeiter, was in seinem Haus oder Unternehmen funktioniert und was nicht. Planungssicherheit durch klare finanzielle Anreize bringen angesichts steigender Energiepreise mehr als realitätsferne Vorschriften. Vernünftiger Klimaschutz lässt sich eben nicht mit links machen.

[tk]

Begegnungszone an der Kreuzung Kastanienallee/ Schwedter Straße?!

Die Diskussion um alternative Verkehrskonzepte beschäftigt die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sowie Verkehr/ Öffentliche Ordnung/Verbraucherschutz in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) bereits seit einigen Jahren. In der Diskussion sind Konzepte wie shared-space und Begegnungszonen.

Ob shared-space auf dem Pankower Anger, eingefasst von zwei Kreisverkehren an der Berliner Straße und Mühlenstraße, über Spielstraßenbereiche am Platz um die Gethsemanekirche bis hin zu Überlegungen, die gesamte Kastanienallee in eine Begegnungszone umzuwidmen, Ideen und Konzepte gibt es viele.

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Verkehr, öffentliche Ordnung und Verbraucherschutz platzte das Bezirksamt mit einer neuen Idee heraus. Die Kreuzung Kastanienallee/ Schwedter Straße könnte als Pilotprojekt für eine Begegnungszone geeignet sein. Ohne weitere Debatte hat sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der vergangenen Tagung der BVV befleißigt, diese Überlegung als Antrag einzubringen und damit ohne weitere Prüfung Tatsachen zu schaffen.

Zweifelsohne ist die Gestaltung der Kreuzung wenig optimal,

die Sichtbeziehungen sind eingeschränkt, aufgrund unklarer Verhältnisse kommt es zu sogenanntem wilden Parken und die Tatsache, dass die Kastanienallee eine Hauptroute des Radverkehrs ist, führt zu teilweise chaotischen Zuständen.

Bevor jedoch Entscheidungen von solcher (finanzieller und verkehrlicher) Tragweite getroffen werden, sollte meiner Meinung nach zunächst gründlich über die Folgen nachgedacht werden. Begegnungszonen zeichnen sich durch die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer, egal ob zu Fuß, auf dem Fahrrad, in KFZ oder als Nutzer des ÖPNV aus. Und genau hier sehe ich das große Problem. Wie lassen sich Entschleunigung durch gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer und das Ziel der Beschleunigung und damit der Attraktivierung des ÖPNV vereinbaren.

Mein Rat an all diejenigen, die ideologisch motiviert Prestigeprojekte durchdrücken wollen, ohne über die Folgen nachzudenken, erst Fakten zusammentragen, dann rational abwägen und schließlich zu einer fundierten, nicht durch die eigene Ideologie verfälschte Argumente, Entscheidung im Sinne der Allgemeinheit kommen.

[jk]

Am 06. Juli feierte die CDU Pankow nun bereits zum zweiten Mal ihr Sommerfest im Strandbad Weißensee.



Nachdem der anfängliche Regen nachgelassen hatte, wurde das Sommerfest durch den Kreisvorsitzenden Dirk Stettner eröffnet und das Wort auch sogleich an die wohl prominenteste von etwa 250 Gästen des Abends, Frau Ministerin Dr. Kristina Schröder, MdB, weitergereicht.

Frau Dr. Schröder war beeindruckt vom Bezirk Pankow und den "Kinderhochburgen" im Prenzlauer Berg. Gern würde sie auch andere Regionen der Republik so attraktiv für Familien machen.



Kurz vor der Übertragung des Halbfinalspiels der Fußball-WM konnte

auch der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel, MdB, begrüßt werden und wies darauf hin, wie wichtig die bevorstehenden Monate sind, um im kommenden Jahr den amtierenden Senat abzulösen.

[sg]

Pankower Ehrenpreis 2010

Auch in diesem Jahr lobt die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin den Ehrenpreis aus und möchte das ehrenamtliche Engagement für den Bezirk Pankow würdigen und besonders die Personen ehren, die sich freiwillig, selbstlos und unentgeltlich für das Gemeinwohl im Bezirk engagieren.

Auch die Fraktion der CDU möchte Sie ermutigen, Personen, Initiativen oder Gruppen zu benennen, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben.

Die Vorschläge reichen Sie bitte zwischen dem 23. August und dem 01. November beim Vorsteher der BVV ein. Höhepunkt der Auslobung ist eine Festveranstaltung, in deren Rahmen die Preisträger bekannt gegeben werden.

Für Rückfragen steht Johannes Kraft unter kraft@fraktion-cdupankow.de zur Verfügung.

[jk]

Stadtbad Oderberger Straße – Luxushotel oder Revitalisierung im öffentlichen Interesse?

Einmal mehr soll das Stadtbad in der Oderberger Straße verkauft werden – eine Nutzung als öffentliches Schwimmbad ist fraglich.

Das im Jahr 1902 nach drei Jahren Bauzeit als „Volksbadeanstalt“ eröffnete Stadtbad an der Oderberger Straße in Prenzlauer Berg soll nun doch verkauft werden, so die Planungen des jetzigen Eigentümers, der Stiftung Denkmalschutz. Das Objekt ist eines der frühen Werke des Architekten Ludwig Hoffmann und befindet sich heute in einem jämmerlichen Zustand. Sämtliche Versuche, das in den achtziger Jahren aufgrund des massiven Sanierungsaufwandes von der damaligen Regierung der DDR aufgegebenen Bades, zu beleben, blieben erfolglos. Weder die Anwohnerinitiative, noch die Genossenschaft, die nach der Wiedervereinigung das Objekt erwarb, konnten das ehrgeizige Projekt umsetzen. Im Jahr 2007 schließlich erwarb die Stiftung Denkmalschutz das Bad vom Liegenschaftsfonds, um es zu vermarkten und einen Investor zu finden. Die Auflagen des Liegenschaftsfonds waren eindeutig und sahen die denkmalgerechte Sanierung bis Ende 2011 und einen öffentlich zugänglichen Badebetrieb vor.

Von diesen Auflagen versucht die Stiftung Denkmalschutz nach mehreren gescheiterten Anläufen nun Abstand zu nehmen. Wie Christian Melcher, Vorstand der Stiftung Denkmalschutz, jüngst erklärte, will man das Objekt möglichst schnell veräußern und versucht hierbei die Auflagen des Kaufvertrages aufzuweichen. Die Einrichtung eines Schwimmbades sei nicht mehr haltbar, so Melcher.

Diese Entwicklungen haben die Fraktion der CDU in der BVV Pankow veranlasst, einen Antrag einzubringen, der das Bezirksamt auffordert, sich gegenüber der Stiftung Denkmalschutz und dem Liegenschaftsfonds dafür einzusetzen, dass an den ursprünglichen Zielen festgehalten wird. Nachdem bereits im Dezember des vergangenen Jahres ein Antrag der CDU unter breitem medialen Interesse angenommen wurde, stellte die BVV in der letzten Sitzung auf Initiative der CDU erneut klar, dass ein breiter Konsens in der politischen Landschaft des Bezirks Pankow besteht, das Stadtbad als Ort für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen.

Einen Investor, der genau dieses öffentliche Interesse umsetzen will, findet man in der direkten Nachbarschaft. Die GLS Sprachenschule ist seit Jahren an dem Objekt interessiert. Die Planungen der GLS sehen einen Hotelbetrieb, öffentlich zugängliche Bars und Bistros und die Revitalisierung des Bades vor. Die Geschäftsführerin der GLS, Barbara Jaeschke, hat sich gegenüber dem zuständigen Ausschuss der BVV erklärt und sah sich uneingeschränkter Zustimmung des Bezirksamtes und der BVV gegenüber. Einzig die Stiftung Denkmalschutz hält an ihren hochtrabenden Vorstellungen fest. Dass dies mit der CDU und der Mehrheit der Verordneten in der BVV nicht zu machen ist, beweist der einstimmige Beschluss der BVV am vergangenen Mittwoch.

[jk]

Die BVV hat sich auf Initiative der CDU-Fraktion für die Sanierung der Schankhalle und die Nutzung als Theater ausgesprochen.

Bis Anfang dieses Jahres spielten die Woesner Brothers ihr umfangreiches Komödienprogramm für Jung und Alt im ehemaligen Torhaus der Pfefferbergbrauerei. Dieses Gebäude musste nun anderen Planungen weichen und wurde vor Kurzem abgerissen. Damit soll der Spielbetrieb aber nicht vorbei sein.

Ein alternatives Objekt, die ehemalige Schankhalle, wurde ausgemacht. Mit bis zu 250 Plätzen und einem Seminarzentrum haben diese Planungen das Potential, das vielfältige kulturelle Angebot auf dem Pfefferberggelände noch deutlich zu bereichern, wären da nicht Auflagen des Denkmalschutzes. Die Schankhalle selbst, aber auch der ehemalige Biergarten unterliegen diesem. Für die Schankhalle ist eine Abrissgenehmigung in Aussicht gestellt, da die bauliche Substanz in den vergangenen Jahren massiv unter den Witterungseinflüssen gelitten hat.

Um einen wirtschaftlichen Betrieb des Komödientheaters zu ermöglichen, sehen die Entwürfe vor, das Gebäude neu zu errichten und um drei Meter zu erweitern.



Nach intensiver Diskussion in den Fraktionen, dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung und der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin (BVV), haben sich die Verordneten auf Initiative der CDU darauf verständigt, einen Antrag einzubringen, der ein großes öffentliches Interesse an der Realisierung der Planungen der Kunstschaaffenden feststellt. Mit diesem einstimmigen Beschluss der BVV ist nun die Richtung vorgegeben. Jetzt bleibt zu hoffen, dass auch die Genehmigungsbehörden der Einschätzung der Bezirksverordneten folgen und das Vorhaben genehmigen werden.

Die CDU-Fraktion wird sich in jedem Fall weiter für die Errichtung des Komödientheaters einsetzen, um damit einen weiteren Leuchtturm in der Kulturlandschaft im Pankower Ortsteil Prenzlauer Berg zu ermöglichen.

Als Ansprechpartner steht Johannes Kraft unter kraft@fraktion-cdupankow.de zur Verfügung.

[jk]

Kontroverse um den Ausbau der Bundesautobahn 10

Auf einer Veranstaltung des VMEG e.V. und des CDU-Ortsverbandes Karow/Blankenburg/Heinersdorf zum Thema Folgen des Ausbaus der Bundesautobahn A10 diskutierten die über 120 anwesenden Bürgerinnen und Bürger mit dem Projektleiter der Senatsverwaltung, Herrn Lehmann-Reh, dem zuständigen Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner und Johannes Kraft, dem Gründer der Anwohnerinitiative, die sich gegen die Planungen ausspricht.

Nach der Vorstellung des aktuellen Konzepts zur Erschließung der Baustellen an der BAB A10 durch Herrn Lehmann-Reh (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) machte Kraft, der zugleich auch verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ist, deutlich, dass er die Informationspolitik des Senats als zögerlich und unzureichend empfinde und kritisierte, dass ein großer Teil der Baumassen nach wie vor durch die Ortsteile Karow und Buch transportiert werden sollen. Dieser Kritik schlossen sich zahlreiche Anwesende an, die insbesondere die Verkehrssicherheit thematisierten und hinterfragten, warum die von der Anwohnerinitiative vorgeschlagene alternative Erschließungsrouten keine Berücksichtigung gefunden habe.

Anstatt die Baumassen mitten durch Karow (Bucher Chaussee, Alt-Karow, Hubertusdamm, Bahnhofstraße, Schönerlinder Weg und Pankgrafenstraße) zu transportieren,

fordern die Anwohner in einem Bürgerantrag die Verbreiterung des sog. Technologiestreifens, der parallel zur Autobahn verläuft und als Weg für Schwertransporter dienen kann.

Einen Teilerfolg kann die Anwohnerinitiative, die in den letzten Wochen über 1.000 Unterschriften in Karow gesammelt hat, aber bereits verbuchen. Die durch die Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow angestoßene Diskussion und ein zweites Treffen der verkehrspolitischen Sprecher bei der Senatsverwaltung, haben dazu geführt, dass diese von den ursprünglichen Planungen teilweise abgewichen ist und nun plant, einen Teil der Baumassen (ca. 50.000 m³) innerhalb der Baustelle zu transportieren. Hierdurch reduziert sich die Anzahl der benötigten Schwerlasttransporter in den Ortszentren im geplanten Bauzeitraum von 15 Monaten um voraussichtlich 3.600.

Die beiden Anträge zu diesem Thema werden in den kommenden Sitzung des Verkehrsausschusses aufgerufen. Kraft zeigt sich zuversichtlich, dass die Senatsverwaltung durch weiteren Druck in der Öffentlichkeit und die laufenden parlamentarischen Initiativen, ein Umdenken erreicht werden kann.

[sg]